

NEWSLETTER

Gudrun Pieper MdL
Dr. Karl-Ludwig von Danwitz MdL

Inhalt

| | |
|------------------------------|-----------|
| Neuigkeiten..... | Seite 1 |
| Aus dem Plenum..... | Seite 2 |
| Aus dem Kultusausschuss..... | Seite 3 |
| Aus dem Europaausschuss..... | Seite 4 |
| Unterwegs..... | Seite 5-6 |



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Plenarwochen sind immer spannend. Was diese Woche geschah, können Sie in gewohnter Weise in unserem Newsletter lesen.

Viel Spaß beim Lesen!

Herzlichst Ihre Landtagsabgeordneten

Karl-Ludwig von Danwitz

Dr. Karl-Ludwig von Danwitz

Gudrun Pieper
Gudrun Pieper

Kinder vor Missbrauch schützen – Täter konsequent bestrafen

Mit der Aktuellen Stunde zum dunklen Kapitel „Kindesmissbrauch“ haben wir Parlamentarier klar Position bezogen. Wir müssen alles dafür tun, dass wir wirksame Instrumente der Bekämpfung entgegensetzen. Uns war klar, dass wir mit der aktuellen Stunde im ersten Moment nicht viel bewirken können. Aber es ist das Schweigen, welchen den sexuellen Missbrauch von Kindern überhaupt möglich macht. Und daher müssen wir über dieses Thema immer wieder reden und uns positionieren.

Unser CDU Fraktionsvorsitzende Dirk Toepfer in seiner Rede hierzu: „Es sind dieser Tage vor allem zwei Ereignisse, die das Thema aktuell machen. Zum einen die erschütternden Ereignisse auf einem Campingplatz in Nordrhein-Westfalen. Zum anderen der Antimissbrauchsgipfel der katholischen Kirche, welcher vor wenigen Tagen in Rom stattgefunden hat. Beides höchst unterschiedliche Vorgänge. Die aber doch eines gemeinsam haben: Es geht um die Misshandlung der schwächsten Mitglieder unserer Gesellschaft. Und es geht darum, wie eine Gesellschaft mit diesem Missbrauch umgeht.“

Der sexuelle Missbrauch von Kindern ist **unentschuldigbar**. Und doch suchen diejenigen, die die Verantwortung tragen, stets nach einer Entschuldigung. Dem Oberhaupt der katholischen Kirche gebührt Respekt dafür, dass der Missbrauch in den eigenen Reihen überhaupt benannt wird. Aber der Hinweis des Pontifex, "sexueller Missbrauch von Minderjährigen sei ein in allen Kulturen und Gesellschaften verbreitetes geschichtliches Phänomen", der klingt dann doch ein wenig nach kollektiver Verantwortung. Und kollektive Verantwortung,

wer wüsste es nicht, wird gern dort bemüht, wo individuelle Schuld verneint wird.“

Die katholische Kirche in Niedersachsen geht einen anderen, deutlicheren Weg. Und unsere Landesregierung hat mit Justizministerin Barbara Havliza (CDU) dazu beigetragen, dass sie es sich als erste Justizministerin bundesweit zur Aufgabe gemacht hat, die strafrechtliche Aufarbeitung sexuellen Missbrauchs gemeinsam mit der katholischen Kirche voranzutreiben. Und wir sind der Justizministerin auch dafür dankbar, dass sie zu keinem Zeitpunkt Zweifel daran zugelassen hat, dass es Sache des Staates und eben nicht der Kirche ist, hier für Recht, aber eben auch für Strafe zu sorgen. Und deshalb war es richtig, dass Justizministerin Havliza mit Nachdruck Einsicht in die Kirchenakten verlangt hat, um diese Straftaten zu verfolgen. Das konsequente Vorgehen der Justizministerin hat hier Wirkung gezeigt.

An dieser Stelle müssen wir aber auch einige Worte zu dem Missbrauchsfall in Lügde sagen. Liest und hört man manches von dem, was im betroffenen Landkreis zur Rechtfertigung von möglichem Fehlverhalten erklärt wird, fragt man sich schon, ob alle Teile der Politik die Ernsthaftigkeit des Themas begriffen haben. Dirk Toepfer: „Es gibt keinen absoluten Schutz vor sexuellem Missbrauch oder Missbrauchssituationen. Aber da, wo Schutzmechanismen versagt haben, muss dies offen und ehrlich eingestanden werden.“

Es ist eben - hoffentlich - nicht normal, dass ein niedersächsisches Jugendamt ein sechsjähriges Mädchen auf einem Campingplatz bei einem alleinstehenden 56-jährigen Pflegevater unterbringt, der dann des

sexuellen Missbrauchs in einer Vielzahl von Fällen überführt wird. Auf einem Campingplatz fehlt es an der sozialen Kontrolle, die wir zu Recht zur Vermeidung von Missbrauchsfällen fordern. Und entsprechende Kritik kann und darf man nicht mit der Bemerkung abtun, „Missbrauch gebe es schließlich auch in Sakristeien und Einfamilienhäusern mit geharktem Vorgarten.“

Wer so argumentiert, flüchtet sich eben wieder in die kollektive Verantwortung. Und wird seiner eigenen Verantwortung als Landrat nicht gerecht. Um es an dieser Stelle auch zu sagen: Die Arbeit in unseren Jugendämtern ist keine einfache Aufgabe. Ich habe allerhöchsten Respekt vor den dort tätigen Beschäftigten. Allzu oft lädt unsere Gesellschaft ihre schwersten und dunkelsten Probleme gerade bei diesen Beschäftigten ab. Und ich weiß, dass sich viele in der Jugendhilfe Tätige immer wieder von der Politik allein gelassen fühlen. Wer aber glaubt, den Betroffenen dadurch zu helfen, dass er die Fehlentwicklungen zur Normalität erklärt, der leistet der Arbeit in den Jugendämtern einen Bärendienst. Stattdessen müssen Fehlentwicklungen als solche benannt und abgestellt werden.“ Wir werden in den kommenden Wochen alle Möglichkeiten nutzen, um hier weitere Schutzmechanismen zu überprüfen und zu verbessern.

Gudrun Pieper

Herausgeber:

| | |
|----------------------|---------------------------------|
| Gudrun Pieper MdL | Dr. Karl-Ludwig von Danwitz MdL |
| Hauptstraße 9 | Poststraße 11 |
| 29690 Schwarmstedt | 29640 Schneverdingen |
| Tel.: (05071) 800 25 | Tel.: (0172) 48 21 40 6 |
| info@gudrunpieper.de | info@von-danwitz.com |



Aus dem Plenum

Spitzenforschung ist in Niedersachsen zu Hause

Die erfolgreiche Teilnahme niedersächsischer Universitäten an der Exzellenzstrategie des Bundes wird die Forschungsleistungen in den Zukunftsbranchen weiter beflügeln. Unser CDU Landtagsabgeordnete Christoph Plett sieht insbesondere für die forschungsintensivste Region Europas gute Perspektiven für die kommenden Jahre: „Die ausgezeichneten Cluster stehen nicht nur für eine spannende Forschung. Sie bereichern auch solche Branchen, die für die wirtschaftliche Zukunft Niedersachsens entscheidend sein werden.“ Dies gelte beispielsweise für innovative Mobilität oder eine neue präzise Messtechnik.

Aus Sicht unserer Koalitionsfraktionen muss nun auch die Vermarktung niedersächsischer Spitzenforschung besser gelingen. „Was hilft uns die beste Idee, wenn das daraus resultierende Produkt in den USA oder in Fernost entsteht“, betonte Plett. „Mit einer besseren Vernetzung von Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Start-up-Zentren kann die Nutzung anwendungsorientierter Forschung spürbar verbessert werden.“ Wir begrüßen es, wenn die Hochschulen die Impulse der Exzellenzinitiative nutzen würden, um ihre Kompetenzen insbesondere in den Zukunftsfeldern weiter zu schärfen. Die Teilnahme an weiteren Auswahlwettbewerben auf nationaler und internationaler Ebene kann hierzu wichtige Erkenntnisse liefern. Zunächst geht es uns um eine erfolgreiche Bewerbung um den Titel als Exzellenzinitiative: Ob MHH, Leibniz-Universität oder TU Braunschweig – alle haben sich diesen Titel redlich verdient. Der 19. Juli sollte daher ein guter Tag für uns in Niedersachsen werden und wir schauen mit Spannung auf das zu erwartende Ergebnis.

Gudrun Pieper

Meisterprämie dauerhaft weiterführen

Mit der Fortführung der Meisterprämie setzt die SPD/CDU geführte Landesregierung ein deutliches Signal für die Gleichstellung der beruflichen und akademischen Bildung. Der Präsident der Handwerkskammer Braunschweig-Lüneburg-Stade, Detlef Bade, begrüßt diese Entscheidung sehr. Im Handwerk steht der Meisterbrief für eine hohe fachliche Qualifikation und die optimale Vorbereitung auf die Gründung oder Übernahme eines Unternehmens. Die Meisterausbildung im Handwerk dient dazu, die Versorgung mit fachlich guten handwerklichen Leistungen zu sichern. Zudem wissen wir, dass auch andere Wirtschaftszweige zur Deckung ihres Fachkräftebedarfs gern auf gut ausgebildete Handwerksmeister zurückgreifen. Die Meisterprämie ist auch eine Form der Wertschätzung für die Leistung der

Meister sowie ein Anreiz für junge Menschen, sich überhaupt auf den Weg einer Meisterausbildung zu begeben. Bade hierzu: „Das Handwerk bietet mit seiner Fortbildung vielen jungen Menschen die Chance auf einen sozialen Aufstieg – auch außerhalb des akademischen Werdegangs. Die niedersächsische Meisteranerkenntnisprämie, die nicht nur im niedersächsischen Handwerk, sondern bundesweit große Beachtung gefunden hat, ist ein Vorbild auch für andere Bundesländer. Wir sind froh, dass die Politik den besonderen Stellenwert der Meisterausbildung im Handwerk anerkennt und kein politisches Strohfeuer erzeugt hat“, betont der Handwerkspräsident abschließend.

Gudrun Pieper

Regionale Vermarktung unterstützen und fördern

Hühnermobile, Fleisch- und Milchautomaten, Bauernmärkte und regionale Produkte in unseren Supermärkten:

Es gibt viele Beispiele für die erfolgreiche Direktvermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Insbesondere für kleine Betriebe, die unter dem massiven Strukturwandel und Wettbewerbsdruck in der Landwirtschaft leiden, stellt der Verzicht auf Zwischenhändler eine sinnvolle Alternative dar. Auch Verbraucher schätzen regionale Produkte immer mehr, weil sie wissen, woher ihre Lebensmittel stammen.

Dass sich der Mut zum Umstieg lohnen kann, zeigen zudem zahlreiche Start-ups aus Niedersachsen. Diese Entwicklung wollen wir unterstützen und fördern, indem wir kleine Betriebe beim Aufbau neuer Vermarktungswege beraten und auch bei Rechtsfragen zur Verfügung stehen.

Regionale Direktvermarktung stärkt unsere Regionen und sichert den Erhalt von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum.

Gudrun Pieper





Aus dem Kultusausschuss

Qualität der KiTa's verbessern und dem Fachkräftemangel entgegenstellen

Im Jahr 2018 haben wir eine der größten familienpolitischen Entscheidungen in der Geschichte Niedersachsens getroffen. Die Eltern unserer Kinder müssen seit dem 1. August 2018 keine KiTa-Gebühren mehr bezahlen. Darauf ruhen wir uns aber nicht aus“, erklärte Bildungspolitiker Kai Seefried in der Landtagsdebatte zur frühkindlichen Bildung. Landespolitik, Kommunen und Träger seien gemeinsam gefordert die frühkindliche Bildung weiter voranzubringen.

„Wir wollen die Qualität der KiTa's stetig verbessern und werden dazu die Chancen des Gute-Kita-Gesetz nutzen. Besonders dem Fachkräftemangel werden wir begegnen und den Erzieherberuf stärken. Dazu werden wir die Attraktivität der Ausbildung steigern und haben die Schulgeldfreiheit zum 1. August 2019 eingeführt“, so Seefried weiter.

Mit dem von CDU und SPD verabschiedeten Antrag "Frühkindliche Bildung voranbringen" soll darauf hingewirkt werden, die Bedingungen in den Kitas zu verbessern. Gemeinsam mit den Kommunen und unter Berücksichtigung der Möglichkeiten im Landeshaushalt soll der Fachkraft/Kind - Schlüssel schrittweise verbessert werden. Damit können dann die Arbeitsbedingungen für die Erzieherinnen und Erzieher positiv verändert werden und somit kann für das einzelne Kind mehr Zeit zur Verfügung stehen.

Der Beruf des Erziehers/ der Erzieherin wird unter anderem durch diese Maßnahme attraktiver und dazu führen, dass die zusätzlich geschaffenen 600 Ausbildungsmöglichkeiten auch von jungen Menschen bei der Berufswahl besetzt werden.

Sprachförderung im Jahr vor der Einschulung

Im Rahmen einer Fragestunde wurden viele wichtige Informationen zur Verlagerung der vorschulischen Sprachförderung von der Grundschule in die Kindertagesstätten geliefert. Diese Verlagerung wurde zum 1.8.18 durchgeführt, weil die Sprachförderung in den Kitas gut umgesetzt werden kann. Die Erzieherinnen und Erzieher kennen die Kinder mit Sprachförderbedarf und auch organisatorisch ist es einfacher, die Unterstützung im gewohnten Betreuungsumfeld durchzuführen.

32,5 Millionen Euro stehen für zusätzliches Personal den Trägern der Kindertagesstätten für die „alltagsintegrierte Sprachförderung“ zur Verfügung. Damit diese Landesmittel fließen können, wurden schon viele Sprachförder-Konzepte eingereicht.

Bis zum 31.7.19 können noch Anträge gestellt werden. Das Geld kann auch rückwirkend fließen.

Um die Zusammenarbeit zwischen Grundschulen und Kindertagesstätten auch in Zukunft zu garantieren, wurde das Projekt „Brücke“ mit jährlich 10 Mill. Euro ausgestattet. So wird ein reibungsloser Übergang der Kinder von der Kita in die Grundschulen gewährleistet.



Niedersachsen setzt Digitalpakt um



Allen Schülerinnen und Schülern wollen wir eine aktive und selbstbestimmte Teilhabe in der digitalisierten Gesellschaft ermöglichen. Zum sachgerechten Umgang müssen sie wissen, wie man mit digitalen Medien arbeitet, ihre Logik versteht und sie entsprechend anwendet und kompetent nutzt. Umso wichtiger ist es, dass unser Bildungssystem seinen Teil zum Erwerb dieser digitalen Kompetenzen beiträgt. Der eingebrachte Entschließungsantrag von CDU und SPD ist die Grundlage für die anstehenden Debatten im Fachausschuss.

Die Vorbereitung der Schulen auf die Digitalisierung ist dabei von großer Bedeutung. „Mit dem Masterplan Digitalisierung haben wir uns bereits im letzten Jahr auf den Weg dorthin gemacht. Ich halte es für absolut notwendig, dass Schulen zu denjenigen Einrichtungen gehören, die prioritär bis 2021 mit leistungsfähigem Internet versorgt werden müssen,“ so unsere stellvertretende Fraktionsvorsitzende Mareike Wulff in der Landtagsdebatte. Der Digitalpakt des Bundes verfolgt ebenfalls das Ziel des Aufbaus einer digitalen Infrastruktur und Ausstattung an Schulen.

Mit der digitalen Bildung geht es allerdings nicht nur um Infrastruktur, auch müssen Lehrkräfte auf die neuen Aufgaben vorbereitet werden: „Die Arbeit mit digitalen Unterrichtsmaterialien und -methoden muss fester Bestandteil der Aus-, Fort- und Weiterbildung sein.“ Auch erfordert der Umgang mit digitalen Medien neue Lernumgebungen: „Dafür müssen datenschutzrechtlich sichere Kommunikationswege wie Messenger und Cloudlösungen zur Verfügung gestellt werden,“ so Wulff abschließend.

Dr. Karl-Ludwig von Danwitz



Aus dem Europaausschuss

EU-Kommission hebt Höchstbeträge zur Unterstützung von Landwirten an

Die EU-Kommission hat neue Vorschriften für staatliche Beihilfen im Agrarsektor erlassen. Mit diesen sogenannten De-Minimis-Beihilfen kann der Höchstbetrag angehoben werden, mit dem nationale Behörden die Landwirte unterstützen.

Die höhere Obergrenze für die nationale Stützung von Bäuerinnen und Bauern soll ab Mitte März gelten. Die Beihilfebeträge für die Landwirte könnten teils um zwei Drittel steigen, so EU-Agrarkommissar Phil Hogan, den wir übrigens am 2. April im niedersächsischen Landtag zu einem gemeinsamen Gespräch empfangen werden. In Krisenzeiten und Notlagen, die rasches Handeln erfordern, können künftig die Mitgliedstaaten mit diesen Maßnahmen laut Kommission flexibler und effizienter reagieren. Der Beihilfehöchstbetrag, der je Betrieb über einen Zeitraum von drei Jahren verteilt werden kann, wird von 15.000 auf 20.000 EUR angehoben. Um mögliche Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden, verfügt jedes EU-Land über einen nationalen Höchstbetrag, den es nicht überschreiten darf. Jede nationale Obergrenze wird auf 1,25 % der jährlichen landwirtschaftlichen Produktion des Landes in demselben Dreijahreszeitraum festgelegt. Nach den derzeit geltenden Vorschriften liegt dieser Wert aktuell noch bei 1 %. Wenn ein Land nicht mehr als 50 % seiner gesamten nationalen Beihilfemittel für einen bestimmten Agrarsektor ausgibt, kann es die De-Minimis-Beihilfe pro Betrieb auf 25.000 EUR und den nationalen Höchstbetrag auf 1,5 % der Jahresproduktion noch weiter anheben. Die neuen höheren Obergrenzen treten am 14.03. in Kraft und können im Übrigen rückwirkend für jene Beihilfen gelten, die alle Voraussetzungen erfüllen.

Gewöhnlich müssen entsprechend der EU-Vorschriften über staatliche Beihilfen die EU-Länder staatliche Beihilfen zunächst bei der Kommission anmelden. Zudem darf die Beihilfemaßnahme erst nach Genehmigung durch die Kommission in die Tat umgesetzt werden. Die De-Minimis-Beihilfe-Regelung greift indes dann, wenn die von einem EU-Mitgliedstaat gewährte Beihilfe als geringfügig anzusehen ist und also – unter bestimmten Voraussetzungen – nicht von der EU-Kommission genehmigt werden muss. Eine Beeinträchtigung des Wettbewerbes oder gar eine Gefahr für den Handel wird in solchen Fällen nicht angenommen.

De-Minimis-Beihilfen finden unter anderem bei der Prävention oder Bekämpfung von Tierseuchen Verwendung. Infrage kommen solche Gelder auch für die Entschädigung von Landwirten wegen eines Schadens, der durch Tiere verursacht wurde, die nicht nach EU-Recht oder nationalem Recht geschützt sind, zum Beispiel Wildschweine. Sind durch EU-Recht geschützte Tiere die Verursacher (Wolf, Luchs, Bären), kann ein Schaden im Zuge notifizierter staatlicher Beihilfen ausgeglichen werden. Die EU-Rechtsvorschriften für staatliche Beihilfen sind im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) festgelegt. Artikel 107 AEUV bestimmt, wann eine staatliche Beihilfe vorliegt, und untersagt diese prinzipiell. Des Weiteren nennt er die Voraussetzungen, unter denen Beihilfen mit dem Binnenmarkt vereinbar sind.

In Artikel 108 AEUV sind die wichtigsten Verfahrensgrundsätze dargelegt, die die Einhaltung der materiellen Regeln für staatliche Beihilfen durch die Mitgliedstaaten sicherstellen sollen.

Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)

Mit dem geplanten Austritt von Großbritannien aus der EU verlieren wir nicht nur ein hoch geschätztes Mitglied, sondern auch einen Netto-Beitragszahler. Vor diesem Hintergrund plant die EU-Kommission erhebliche finanzielle Einschnitte bei der gemeinsamen Agrarpolitik. Der Antrag der CDU-Landtagsfraktion verfolgt das Ziel, die Umweltschutz-, Klima- und Infrastrukturprojekte im ländlichen Raum auch künftig zu fördern. Auch bleiben die Wertschöpfungsstärke und die Innovationskraft des Agrarsektors ein klarer Schwerpunkt der gemeinsamen EU-Agrarpolitik. In Niedersachsen ist jeder zehnte Arbeitsplatz von der Agrar- und Ernährungswirtschaft abhängig. Daher haben die substantielle Förderung und Unterstützung durch die gemeinsame EU-Agrarpolitik große Bedeutung für Niedersachsen und seinen Landwirten.

Brexit:

Kommission informiert für No-Deal-Szenario

Die Europäische Kommission hat ihre Informationskampagne intensiviert, um EU-Unternehmen auf ein mögliches No-Deal-Szenario im Bereich Zoll und indirekte Steuern (z.B. Mehrwertsteuer) vorzubereiten. Den Unternehmen stehen damit eine Reihe von Unterlagen in allen EU-Sprachen zur Verfügung, darunter eine einfache 5-Punkte-Checkliste, die einen Überblick über die zu ergreifenden Maßnahmen bietet. Dies ist Teil der laufenden Bemühungen der Kommission, Vorbereitungen für einen Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU ohne Austrittsabkommen zu treffen. Es geht darum, Unternehmen in der EU, insbesondere KMU, zu sensibilisieren.

Um sich auf ein No-Deal-Szenario vorzubereiten und weiter Handel mit dem Vereinigten Königreich treiben zu können, sollten diese Unternehmen:

- prüfen, ob sie über die notwendigen technischen und personellen Kapazitäten verfügen, um Zollverfahren und -vorschriften, z.B. im Bereich der Präferenzsprungsregeln, anzuwenden
- erwägen, falls das Vereinigte Königreich Teil ihrer Lieferkette ist, verschiedene zollrechtliche Bewilligungen einzuholen und sich registrieren zu lassen, um ihre Handelsgeschäfte zu erleichtern
- Kontakt mit ihrer nationalen Zollbehörde aufnehmen, um zu erfahren, welche weiteren Vorbereitungen sie treffen können.

Die Kommission betont, dass die Gesamtauswirkungen eines No-Deal-Szenarios nicht abgedeckt werden können. Die Kampagne soll die nationalen Anstrengungen zur Information der Unternehmen in der EU ergänzen und dazu beitragen, betroffene Unternehmen in den Mitgliedstaaten der EU-27 zu erreichen. Auch in den Mitgliedstaaten laufen die Vorbereitungen, um sicherzustellen, dass die nationalen Zolleinrichtungen und die nationale Logistik für ein No-Deal-Szenario gerüstet sind.

Gudrun Pieper



Unterwegs

Parlamentarischer Abend der European Medical School

Die Fakultät VI Medizin und Gesundheitswissenschaften ist die jüngste Fakultät der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg. Sie wurde 2012 gegründet und besteht aus dem Department für Humanmedizin, dem Department für Medizinische Physik und Akustik, dem Department für Neurowissenschaften, dem Department für Psychologie sowie für Versorgungsforschung. Mit dem Modellstudiengang Humanmedizin findet erstmals in Deutschland eine Mediziner Ausbildung grenzüberschreitend statt. 40 Studienplätze stehen zurzeit auf Oldenburger Seite jährlich in der European Medical School Oldenburg-Groningen zur Verfügung, weitere werden folgen. Ich habe die Universität bereits mehrmals besucht, ebenso das Universitätsklinikum Groningen. Auf dem 1. Parlamentarischen Abend traf ich auch „alte Bekannte“ wieder: Von der Universitätsklinik Groningen Prof. Dr. Alexander Friedrich und Simona Fossa-Margutti. Wir hatten viel zu erzählen.

Guidrun Pieper

Besuch der BBS Walsrode



Die BBS Walsrode sind auf dem besten Weg bald den Titel "Europaschule" zu tragen. Die Aufgabe, den Schülerinnen und Schüler Europa näherzubringen, hat hier längst einen großen Stellenwert eingenommen. Die Auszubildenden zum Bäcker besuchen z.B. regelmäßig eine Partnerberufsschule in Frankreich. Angehende Erzieherinnen und Erzieher sammeln in Spanien, Italien oder Dänemark praktische Erfahrungen. Mit ihrem Engagement leisten die BBS Walsrode einen wichtigen Beitrag zum Gelingen und zum Erhalt der europäischen Idee.

Guidrun Pieper

Delegiertentagung des Kreisschützenverbands



Als stellvertretende Landrätin sprach ich ein Grußwort auf der Delegiertentagung des Kreisschützenverbands Fallingbostal in der Stadthalle Walsrode.

Eine positive Bilanz zog der Kreisschützenverband (KSV) Fallingbostal auf seiner Delegiertentagung in der Stadthalle Walsrode. Mit 76 Vereinen und 9230 Mitgliedern ist unser KSV der zweitgrößte Verband in Niedersachsen. Trotz leicht rückläufiger Mitgliederzahlen kann sich die Jahresbilanz sehen lassen: Erfolge in Schießsport, neue Abteilungen im Bogensport, der Umzug ins "Haus des Sports" an der Walsroder Moorstraße. Der Kreisschützenverband Fallingbostal leistet wertvolle Arbeit im Gemeinwesen.

Guidrun Pieper

Finanzamt Soltau feiert Einweihung

Ein neuer moderner Fahrstuhl wurde im Finanzamt Soltau kürzlich eingeweiht. Grund genug dies gebührend zu feiern. Bereits vor 30 Jahren gab es erste Planungen, einen Aufzug im Amt einzubauen. Diese hatten sich in der Vergangenheit jedoch immer wieder zerschlagen.

Nun verhalten verschärfte gesetzliche Bestimmungen zur Barrierefreiheit dem Amt letztlich doch zum zügigen Bau des Personenaufzugs.

Dr. Karl-Ludwig von Darwitz
Guidrun Pieper



Gespräch in der Ita Wegmann Schule



Um den regelmäßigen Kontakt zu erhalten, habe ich wieder die Ita Wegman Schule in Benefeld besucht und mich mit Schulleiter Ingo Nündel sowie Geschäftsführer Lars Böttcher über aktuelle Themen ausgetauscht. Die Schulen in freier Trägerschaft sind eine wichtige Ergänzung in unserem Schulsystem. Darüber hinaus stellen sie eine wichtige Bereicherung für unseren Heidekreis dar.

Guidrun Pieper



Unterwegs

Neujahrsempfang in Neuenkirchen

Bereits zum 43. Mal fand in diesem Jahr der Neujahrsempfang der CDU Heidekreis statt. Diesmal konnten wir MdEP David McAllister und unsere Europakandidatin Lena Düpont aus Gifhorn als Ehrengäste begrüßen.

David McAllister ging in seinem Redebeitrag sowohl auf aktuelle europäische Themen als auch auf die am 26. Mai stattfindende Wahl zum europäischen Parlament ein. Dabei machte er deutlich, dass bei dieser Wahl viel auf dem Spiel stehe. Sie ist eine Schicksalswahl, weil Radikale und Demagogen das Haus ‚Europa‘ zerstören wollen. Die Gefahr für ein handlungsunfähiges Parlament ist groß, wenn die Europafeinde eine destruktive Mehrheit bekommen. Wir alle sind gefordert, unseren Frieden unsere Freiheit, und unsere Demokratie zu schützen.



Die studierte Politologin Lena Düpont machte deutlich, dass sie mit aller Leidenschaft für die Einheit Europas eintreten werde. Als Profiteurin der EU wolle sie sich für ein geeintes Europa einsetzen. Durch ihre Tätigkeit für den Bundestag und für das Europäische Parlament hat die 32jährige bereits tiefe Einblicke gewonnen und gute Chancen auf einen Platz in Europäischen Parlament. Wir werden ihre Kandidatur mit allen Kräften unterstützen.

*Gudrun Pieper und
 Dr. Karl-Ludwig von Danwitz*



Besuch der GOS Neuenkirchen

In der vergangenen Woche habe ich die Grund- und Oberschule Neuenkirchen besucht und konnte ein sehr gutes Gespräch mit der Schulleiterin Eva Helbing führen. Inklusion, Berufseinstiegsförderung, Unterrichtsversorgung: die Themen, die den Lehrerinnen und Lehrern landauf, landab unter den Nägeln brennen, sind vielfältig. In der Schulpolitik kann ich mein ehrenamtliches Engagement in der Kommunalpolitik und meine Arbeit als Landtagsabgeordneter gut miteinander verknüpfen und dabei helfen, Lösungen zu finden und Abläufe zu optimieren. Deshalb ist mir der regelmäßige und persönliche Kontakt zu den Schulen in meinem Wahlkreis besonders wichtig.

Dr. Karl-Ludwig von Danwitz



Doppelter Besuch aus dem Wahlkreis

Auch in dieser Plenarwoche durfte ich Besuchergruppen aus meinem Wahlkreis empfangen:

Die Landfrauen Schneverdingen sowie der Ehepartnerkreis der St. Stephanus

Militärgemeinde in Munster hatten sich am Mittwoch bei herrlichem Wetter auf den Weg nach Hannover gemacht und konnten nachmittags die Plenardebatte verfolgen.



In den anschließenden Gesprächen ging es um den Umgang mit der AfD im Parlament, die Unterrichtsversorgung an unseren Schulen und um den Alltag als Landtagsabgeordneter.

Dr. Karl-Ludwig von Danwitz